

## AK-OÖ-Zukunftsforen „Fortschritt sozial-ökologisch gestalten“ – Eine Prozessbeschreibung<sup>1</sup>

Die 4 Zukunftsforen und die Zukunftskonferenz	34
1. AK-Zukunftsforum – „Ernährung und Rohstoffe“	35
2. AK-Zukunftsforum – „Mobilität“	36
3. AK-Zukunftsforum – „Energie“	37
4. AK-Zukunftsforum – „Industrieproduktion“	38
5. AK-Zukunftskonferenz – „Fortschritt sozial-ökologisch gestalten“	39

*Bettina Csoka*

*Rudi Lehner*

*Michaela  
Schmidt*

*Judith Vorbach*

*Abteilung Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik (WSG) der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Oberösterreich*

**Auszug aus WISO 3/2012**

**isw**

Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften

Volksgartenstraße 40

A-4020 Linz, Austria

Tel.: +43 (0)732 66 92 73, Fax: +43 (0)732 66 92 73 - 2889

E-Mail: [wiso@akooe.at](mailto:wiso@akooe.at)

Internet: [www.isw-linz.at](http://www.isw-linz.at)

*Verteilungsgerechtigkeit, soziale Sicherheit, ökologische Kriterien und Demokratisierung aller Lebensbereiche sind Komponenten sozial-ökologischen Fortschritts*

Für sozial-ökologischen Fortschritt gibt es keinen einzelnen „Wunderknopf“, auf den gedrückt werden kann, sondern es gibt eine Vielzahl von Ansatzpunkten in den unterschiedlichsten Politikbereichen. Diese „Buntheit“ spiegelte sich im gesamten bisherigen Prozess der Zukunftsforen der Arbeiterkammer Oberösterreich (AK OÖ) unter dem Titel „Fortschritt sozial-ökologisch gestalten“ wider. Exemplarisch seien hier einige diskutierte Ansatzpunkte erwähnt: Grundrecht auf Energie, Berücksichtigung sozialer und ökologischer Ziele in der Agrar-Förderpolitik, Recht auf sozial-ökologische Mobilität, sozial-ökologische Vergabepolitik der öffentlichen Hand etc. Allgemein besteht sozial-ökologischer Fortschritt aus folgenden Komponenten: Verteilungsgerechtigkeit (Bekämpfung von Hunger und Armut) sowohl innerstaatlich wie global, soziale Sicherheit, ökologische Kriterien (hier gilt es aufzupassen, sich gegen diverse Lobbyingaktionen der profitorientierten „Green Economy“, die sich häufig als gewerkschaftsfreie Zone darstellt, abzugrenzen) und sozial-ökologische Kriterien für die jeweiligen Politikbereiche (wie in unseren Zukunftsforen), insbesondere auch in den Betrieben. Klar ist, dass all dies nur mit Mitbestimmung und Demokratie funktionieren kann – ein demokratisch gestalteter sozial-ökologischer Umbau auf allen Ebenen: der Makroebene (Politik, Gesetze, Vorgaben) und insbesondere auch der „Meso“- und der „Mikro“-Ebene (also in den Branchen und im Betrieb), wo sozial-ökologische Veränderungen („Konversionen“ etc.) demokratisch, unter gleichberechtigter Mitbestimmung der Beschäftigten und Gewerkschaften entwickelt werden sollen. Gutes Leben und gute Arbeit in einer sozial-ökologischen Gesellschaft bedeutet auch Zeitwohlstand für die Menschen (Arbeitszeitverkürzung).

#### **Die 4 Zukunftsforen und die Zukunftskonferenz<sup>2</sup>**

Der Grundstein für das Projekt wurde im Juli 2011 mit einem internen Workshop gelegt, bei dem gemeinsam mit dem Politikwissenschaftler und Autor Ulrich Brand eine inhaltliche Basis und eine mögliche Vorgehensweise erarbeitet wurde. In der Folge hat die AK OÖ im November 2011 das Projekt unter dem Motto „Fortschritt sozial-ökologisch gestalten“ offiziell angestoßen. In der ersten Phase wurde gemeinsam mit FunktionärInnen der AK OÖ, mit GewerkschafterInnen, BetriebsrätInnen, AK-MitarbeiterInnen und ImpulsgeberInnen über soziale und ökologische Problemfelder sowie über Ansatzpunkte für sozial-ökologischen Fortschritt diskutiert – in vier eher internen AK-Zukunftsforen zu den vier

Schwerpunkten Ernährung/Rohstoffe, Mobilität, Energie und Industrie. Zur AK-Zukunftskonferenz am 12. Juni 2012 war die interessierte Öffentlichkeit eingeladen, sich mit dem Gesamthema auseinanderzusetzen.

*die Zukunftsforen sollten einen Raum für Debatten schaffen*

Den Gesamtprozess begleiteten die beiden Politikwissenschaftler Ulrich Brand und Markus Wissen (Universität Wien), deren Kernthese in der Problematisierung der „imperialen Lebensweise“ der reicheren Länder des Nordens besteht. Darunter werden Produktions- und Konsummuster verstanden, die den unbegrenzten Zugriff auf Ressourcen und Arbeitskraft in anderen Teilen der Welt voraussetzen. Es geht dabei somit weniger um individuelle Konsumententscheidungen, sondern um die Verhältnisse, die solche Entscheidungen normal erscheinen lassen bzw. überhaupt erst ermöglichen.<sup>3</sup>

### **1. AK-Zukunftsforum – „Ernährung und Rohstoffe“**

Beim 1. Zukunftsforum (ZuFo) am 30. November 2011 haben etwa 40 Personen teilgenommen. Viele ImpulsgeberInnen gaben Inputs zu sozial-ökologischen Aspekten: Éva Dessewffy<sup>4</sup> (AK Wien) und Cornelia Staritz (ÖFSE) im Bereich Rohstoffe und EU- Handelspolitik sowie Spekulation, Franziskus Forster (Agrar Attac) und Maria Burgstaller<sup>5</sup> (AK Wien) zu Nahrungsmittel- und EU-Agrarpolitik sowie globaler Landwirtschaft, Georg Rathwallner (AK OÖ) und Irmi Salzer (Via Campesina) zu KonsumentInnenperspektive, Lebensmittelqualität und -preisen, sowie Bioprodukten, Walter Tausch (Die Landgestalter) und Gerhard Riess (Produktionsgewerkschaft PROGE) zur Situation der ArbeitnehmerInnen in der ländlichen Wirtschaft und zu Nachhaltigkeit im Ernährungsbereich aus Gewerkschaftsperspektive.

Eines wurde schnell klar: Agrarpolitik geht alle an! Ob es sich um Förderpolitik, Landgestaltung oder Umweltvorschriften handelt, wir alle sind davon als KonsumentInnen, ArbeitnehmerInnen, SteuerzahlerInnen etc. betroffen. Ebenso wurde deutlich, dass leistbare und hochqualitative Nahrungsmittel gerade für Menschen mit geringen Einkommen auch zu einer existenziellen Frage werden können. In der Nahrungsmittel- und Rohstoffgewinnung gehen die Ausbeutung von Menschen und Natur Hand in Hand. Unter schlimmsten Arbeitsbedingungen werden Rohstoffe abgebaut, während gleichzeitig tiefe ökologische Wunden gerissen werden.

*leistbare und hochqualitative Lebensmittel können für Menschen mit geringem Einkommen zur existenziellen Frage werden*

*Ausbeutung von  
Menschen und  
Natur gehen bei  
Nahrungsmittel-  
und Rohstoff-  
gewinnung  
Hand in Hand*

Bei der Produktion von Nahrungsmitteln werden aggressive chemische Mittel eingesetzt, und auch die ErntearbeiterInnen leiden unter den Arbeitsverhältnissen. Entwicklungs- und Schwellenländer sind von den Folgen dieses Systems besonders schlimm betroffen.

Interessante Ansatzpunkte waren insbesondere: Neben der Entlohnung, den Arbeitsbedingungen und der Ausbildung im Bereich der Landwirtschaft sind auch Fragen der Belastung von ArbeitnehmerInnen durch ökologische Rahmenbedingungen mitzudenken. Die Agrar-Förderpolitik sollte soziale und ökologische Ziele endlich angemessen berücksichtigen. Die Einhaltung von Arbeits- und Umweltstandards durch EU-Investoren muss endlich gewährleistet werden – etwa durch entsprechende Klauseln in den Handelsverträgen. Und es muss die Konvention der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO bzw. International Labour Organisation, ILO) endlich um ein Nachhaltigkeitskapitel ergänzt werden. Die „ILO-Konvention 184“ (Übereinkommen über den Arbeitsschutz in der Landwirtschaft) ist bei uns in Österreich immer noch nicht ratifiziert! Auch muss der Spekulation mit Nahrungsmitteln und Rohstoffen entgegengetreten werden. Dies einerseits im Rahmen der Finanzmarktregulierung (Beispiel MiFID bzw. Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente), aber auch über eine öffentliche Problematisierung dieses Themas.

## **2. AK-Zukunftsforum – „Mobilität“**

Am 2. ZuFo am 16. Februar 2012 haben rund 50 Personen teilgenommen. Es startete mit Winfried Wolf<sup>6</sup> (freier Autor und ehemaliger Abgeordneter zum Deutschen Bundestag) zum Thema „Über Mobilitätswahn sowie Zielkonflikte und Synergien zwischen Sozialem und Ökologie“. Weitere Beiträge kamen von Bettina Urbanek (Verkehrsclub Österreich VCÖ) zu „Soziale Aspekte der (beruflichen) Mobilität“, Verkehrsplaner Günther Rettensteiner zu „Kostenwahrheit im Verkehr: Wie ‚rechnen‘ sich Öffentliche-Verkehr-Investitionen im ländlichen Raum?“, Thomas Harruk (Auto-, Motor- und Radfahrbund ARBÖ OÖ) zu „Berufliche Mobilität ohne PKW – eine Vision?“ und nochmals Winfried Wolf zu „Solidarische Mobilität der Zukunft: Ökologisches Transportwesen ohne soziale Ausgrenzung“.

Die Autolastigkeit der Infrastruktur und unserer Gesellschaft insgesamt hat negative Auswirkungen auf die Umwelt. Unter der

allgemeinen Kürzungsideologie in den öffentlichen Haushalten verschärft sich dieses Problem – „Einsparungen“ im öffentlichen Verkehr werden tendenziell als Erfolg betrachtet, die dadurch entstehenden Umweltfolgekosten oder Folgekosten geringerer Verkehrssicherheit hingegen immer weniger ins Kalkül gezogen. Ein ökologisches (Mobilitäts-)Verhalten setzt aber nicht nur Umweltbewusstsein, sondern auch das Vorhandensein einer entsprechenden Infrastruktur voraus. Eine große Rolle spielt, dass Automobilität als dominantes Verkehrsverhalten tief im Alltagsverstand und in den Alltagspraktiken verankert ist. Die symbolischen Dimensionen wie jene der (individuellen) „Freiheit“ haben nach wie vor einen hohen Stellenwert.

*ökologisches  
(Mobilitäts-)Verhalten setzt eine  
entsprechende  
Infrastruktur  
voraus*

Verschärfend wirkt die immer wichtiger werdende berufliche Flexibilität, die natürlich stärker mit jener Flexibilität in Einklang zu bringen ist, wie sie die Automobilität möglich macht. Es braucht einen deutlicheren Einsatz für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs (ÖV) und insbesondere für mehr regionale ÖV-Angebote. Vorherrschende Mobilitäts- und Transportmuster sind kritisch zu betrachten. Dabei sind auch die außerhalb des Firmenzauns – durch den LKW-Güterverkehr von und zum Betrieb – verursachte Schadstoffe zu berücksichtigen, wie auch im 4. ZuFo (s.u.) angemerkt wurde. Ein (individuelles) Recht auf sozial-ökologische Mobilität wurde angedacht.

### **3. AK-Zukunftsforum – „Energie“**

Das 3. ZuFo am 29. Februar 2012 mit etwa 35 TeilnehmerInnen begann mit Stefan Schleicher<sup>7</sup> (Wegener Center for Climate and Global Change) zum Thema „Das Energiesystem der Zukunft“. Weitere Beiträge kamen von Christina Friedl (Energieinstitut der Universität Linz) zu „Energieintensive Lebensstile – zwischen Daseinsvorsorge und Energiearmut“, Johannes Wahlmüller (Global 2000) „Europäische und internationale Energie- und Klimapolitik – zwischen Klimakonferenzen und Verteilungskämpfen“ und nochmals Stefan Schleicher zu „Energie im Wandel – der Umstieg von fossilen auf erneuerbare Energien“.

Über die Notwendigkeit einer Energiewende, also den Umstieg von fossilen (Erdöl, Kohle, Erdgas) und nuklearen auf erneuerbare Energien, und die Bekämpfung des Klimawandels herrscht eine

*Verteilungskämpfe um Energie werden in allen Bereichen zunehmen*

scheinbare Einigkeit. Allseits wird anerkannt, dass die Zukunft der Energieversorgung in den erneuerbaren Energien liegen muss. Zwei Ereignisse des letzten Jahres, die Nuklearkatastrophe von Fukushima und die Explosion der Ölplattform „Deepwater Horizon“ im Golf von Mexiko haben uns erneut die vielfältigen Gefahren und Grenzen der Förderung und Produktion fossiler und atomarer Energien vor Augen geführt. „Peak Oil“, also das Erreichen des globalen Ölfördermaximums, ist möglicherweise schon erreicht oder steht unmittelbar bevor. Einigkeit bestand bei den Zukunftsforen darüber, dass Verteilungskämpfe um Energie zukünftig in allen Bereichen zunehmen werden, sei es in der internationalen Klima- und Energiepolitik, bei der europäischen und nationalen Energiegesetzgebung oder im Kampf gegen die zunehmende Energiearmut.

*leistbare Versorgung der Bevölkerung mit Energie muss auch zukünftig sichergestellt sein*

In Bezug auf Energiepreise wird die Kohlenstoffdioxid CO<sup>2</sup>-Abgabe kontrovers diskutiert, insbesondere deren degressive Wirkung – das heißt Haushalte und Unternehmen mit geringem CO<sup>2</sup>-Verbrauch zahlen überproportional viel CO<sup>2</sup>-Abgabe. Dem könnte durch eine staatliche Regelung der Energiepreise anstatt der Preisbildung am Weltmarkt und durch Kostenwahrheit – also durch Einrechnung der tatsächlichen Energiekosten bei Herstellung eines Produktes – begegnet werden. Die Ausgestaltung der Energieinfrastruktur und -produktion dreht sich um Fragen wie Demokratisierung und Stärkung regionaler, lokaler Kreisläufe in der Energieproduktion, um die Bedeutung der Energieversorgungsunternehmen (EVUs) im öffentlichen Eigentum (gute Löhne und Arbeitsbedingungen) und die bislang dramatisch schlechten Arbeitsbedingungen bei dezentraler Energieversorgung in privater Hand. Diskussionswürdig ist ein Grundrecht auf Energie. Für armutsgefährdete Haushalte sollte zumindest im Winter ein Energieabschaltverbot durchgesetzt werden. Für die AK OÖ ist klar, dass die leistbare Versorgung der Bevölkerung und der Unternehmen mit Energie auch zukünftig sichergestellt sein muss.

#### **4. AK-Zukunftsforum – „Industrieproduktion“**

Beim 4. ZuFo am 18. April 2012 mit mehr als 50 TeilnehmerInnen gab es Vorträge von Markus Wissen (Universität Wien) zu „Globale Dynamik der Industrialisierung – nachholende Entwicklung im Süden und ‚Greening‘ im Norden?“, Inge Lippert (Bundesvorstand Deutscher Gewerkschaftsbund DGB) zu „Sozial-Ökologischer

Wandel in der Industrie – Konzepte & Erfahrungen in Deutschland“ und Johann Moser (Austria Wirtschaftsservice GmbH aws) zu „Industriepolitik in Österreich und Europa – Öffentliche (Investitions-)Förderung für sozial-ökologischen Strukturwandel“. Mit den beiden Betriebsräten Max Steinhäusler (voestalpine Stahl) und Christian Stelzmüller (Smurfit Kappa Nettingsdorfer) wurde über Erfahrungen, Probleme, Erfolge von Belegschaftsvertretungen und Gewerkschaften diskutiert.

Unsere Produktionsweise ist mit hoher Material-, Ressourcen- und Energie-Nutzung sowie dem Einsatz vieler Arbeitskräfte unter verbesserungswürdigen, zum Teil sogar unmenschlichen Bedingungen verbunden. Der industrielle Aufholprozess der Schwellenländer findet statt, in manchen Branchen – wie der Autoindustrie – gibt es den Aufbau von Überkapazitäten und es kommt zu Konflikten um begrenzte Ressourcen. Es braucht daher eine sozial-ökologische Erneuerung der ganzen Wertschöpfungskette, beginnend mit einer sozial- und umweltverträglichen Rohstoffgewinnung, über einen menschen- und umweltgerechten Produktionsprozess, sowie ökologisch beschaffene Produkte selbst bis hin zum Recycling, also der langen Nutzbarkeit der Produkte bzw. deren Wiederverwertung.

*in der Produktion ist eine sozial-ökologische Erneuerung der ganzen Wertschöpfungskette notwendig*

Um dies zu schaffen, braucht es verbindliche Ziele beim Ressourcenverbrauch und bei den CO<sup>2</sup>-Emissionen sowie ökologische Infrastrukturprogramme, eine sozial-ökologische Vergabepolitik und Forschungsförderung. Und die betriebliche Mitbestimmung muss gestärkt werden. Wie viel Potenzial in sozial-ökologischen „Konversionsansätzen“ steckt, also einer umfassenden, durch BetriebsrätInnen mitbestimmten Umgestaltung, die über die Material-, Energie- und Ressourceneffizienz hinausgeht, und direkt auf die Produkte und Produktfelder und daher auch Investitionen im Betrieb abzielt, spielt derzeit in der Debatte eine noch geringe Rolle. Ebenso sollten „Suffizienz“-Fragen mehr thematisiert werden, also was wir für ein gutes Leben benötigen – dies hat viel mit gewerkschaftlichen Themen wie Arbeitszeitverkürzung und „gute Arbeit“ gemeinsam.

*Umgestaltung muss durch BetriebsrätInnen umfassend mitbestimmt werden*

## **5. AK-Zukunftskonferenz – „Fortschritt sozial-ökologisch gestalten“**

Bei der Zukunftskonferenz (ZuKo) am 12. Juni 2012 mit rund 100 TeilnehmerInnen aus den verschiedensten Bereichen, darunter

*sozial- und umweltfreundliches Produzieren, Arbeiten und Leben ist die Basis für eine bessere Zukunft*

vielen BetriebsrätInnen, stellte AK-OÖ-Präsident Johann Kalliauer klar, dass sozial- und umweltverträglicheres Produzieren, Arbeiten und Leben die Basis für eine bessere Zukunft ist. Für die AK geht es nicht um Rückschritt, nicht um Stillstand, sondern um gesellschaftlichen Fortschritt. Die deutsche Bundestagsabgeordnete und Mitglied der Enquetekommission „Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität“ Ulla Lötzer<sup>8</sup>, der Wirtschaftswissenschaftler und ehemalige Arbeitsdirektor in der Stahlindustrie Heinz J. Bontrup<sup>9</sup> und andere diskutierten mit den Konferenz-TeilnehmerInnen über Arbeit und Umwelt, Klimagerechtigkeit und Wirtschaftsdemokratie. Lötzer referierte über „sozial-ökologische Umbauperspektiven in Industrie und Gesellschaft“, Bontrup zum Thema „Mit Wirtschaftsdemokratie zu sozial-ökologischem Fortschritt im Interesse der Arbeitnehmer/-innen“. Ulli Brand betonte die Wichtigkeit, dass die ArbeitnehmerInnenbewegung den Zukunfts- und Fortschrittsbegriff wieder zurückgewinnt, und dass Ökologie keine Luxusfrage ist. An der Podiumsdiskussion nahmen auch Bettina Urbanek (Verkehrsclub Österreich, Bündnis „Wege aus der Krise“), Karl Proyer (Gewerkschaft der Privatangestellten – djp) und AK-OÖ-Vizepräsident Erich Schwarz teil. Auf dem sogenannten „Zukunftsplatz“ wurden die vier ZuFos präsentiert.

*es reicht nicht aus, den Kapitalismus „grün anzustreichen“*

Wachstum und Ökologie sind keine widerspruchsfreien Themen. Wenn mehr als die Hälfte der industriellen Luftverschmutzung von nur 191 Betrieben verursacht wird, wenn die globale Arbeitslosigkeit trotz Wirtschaftswachstum steigt, zeichnet sich ein wichtiger Ansatzpunkt ab. Global ist Solidarität kaum vorhanden, es herrschen tiefe Konkurrenzverhältnisse, ein Wettbewerb um die niedrigsten Standards und hohe Ungleichgewichte zwischen den Staaten. Der Kapitalismus droht an seiner Profitlogik zu ersticken, wie es radikal auf der Konferenz formuliert wurde. Es gilt, die Zukunftsperspektive über reine ökologische Modernisierung hinausgehend auszuweiten – es reicht nicht, den Kapitalismus „grün anzustreichen“. Die konservative Deutung der Umweltkrise ist klar: Sie fordert individuellen Verzicht.

Aus fortschrittlicher Sicht aber muss es um eine attraktive Lebensweise, zu der die Erreichung von Zeitwohlstand gehört, gehen – etwa um globale soziale Grundrechte, einen gesicherten Zugang zu menschlichen Grundbedürfnissen wie Ernährung, Wasser und Gesundheit, um Geschlechtergerechtigkeit – um gute Arbeit und



gutes Leben. Es geht dabei also um grundlegende gesellschaftliche und demokratische Fragen. Ein sozial-ökologischer Umbau kann nicht von oben verordnet werden, sondern kann nur mit einer Demokratisierung aller Lebensbereiche, einem Ausbau von Wirtschaftsdemokratie, gelingen. Unternehmen sollten zu sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit, z.B. zu Sozial- und Ökobilanzen, verpflichtet werden. Auch Branchen- bzw. Regionalbeiräte mit Initiativrecht (gegenüber Parlament bzw. Regierung) sind denkbar.

*ein sozial-ökologischer Umbau setzt die Demokratisierung aller Lebensbereiche voraus*

Die „lokale Agenda 21“, ein UN-Handlungsprogramm für Kommunen in Richtung Nachhaltigkeit, ist ein positives Beispiel – in Deutschland haben sich 54 Kommunen zum Verzicht von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit verpflichtet. Statt eines Wachstumspakts könnte ein EU-weiter Arbeitszeitverkürzungspakt mit Lohnausgleich vorgeschlagen werden – das ist produktiv, umweltschonend und auch mit den Bedürfnissen der ArbeitnehmerInnen gut kompatibel. Wichtig ist, dass sämtliche Politikbereiche auf ihre sozialen und ökologischen Wirkungen geprüft werden (etwa über eine obligatorische „Sozial- und Umweltverträglichkeitsprüfung“). Reine Marktlösungen hingegen können in vielen Fällen einen Rückschritt bedeuten. Interessant wäre auch, die Kollektivvertragsbereiche um neue Elemente zu erweitern - um ethische, sozial-ökologische Kriterien. Jedenfalls gilt es, auch als Gewerkschaften sich in den gesellschaftlichen Diskurs einzumischen, auch in den Betrieben Repolitisierung zu wagen und auf den Alltagsverstand der Menschen positiv einzuwirken. Klar ist, ohne Arbeit und ohne Umwelt gibt es auch keinen Output in Unternehmen.

### **Arbeit und Umwelt gehören zusammen**

Umweltfragen dürfen aus ArbeitnehmerInnen-Sicht genauso wenig „dem Markt“ überlassen werden wie Lohn-, Arbeitszeit- oder Verteilungsfragen. Ökologische Fragen sind soziale Fragen, die für die ArbeitnehmerInnen und für die ganze Gesellschaft von großer Bedeutung sind. Arbeiterkammer und Gewerkschaft wollen besseres, sozial- und umweltverträglicheres Produzieren, Arbeiten und Leben erreichen – und nicht auf zu Lasten von Mensch und Umwelt gehende vermeintliche „Standortvorteile“ setzen. Hoher Arbeitsdruck, Arbeitslosigkeit und Umweltzerstörung sind die Folgen eines brutaler werdenden Kapitalismus. Öffentliche Finanzen und mit ihnen die qualitätsvolle Erfüllung öffentlicher Aufgaben

*ökologische Fragen sind soziale Fragen*

*gut bezahlte,  
qualitativ hoch-  
wertige Arbeits-  
plätze in einer  
ressourcen- und  
energieschonenden  
Gesellschaft  
erhalten und  
schaffen*

geraten unter Druck. Trotz dieser „öffentlichen Armut“ bleibt der anschwellende, immense private Reichtum großteils unbesteuert, während unsoziale Sparprogramme den Menschen das Leben schwerer machen. Das passiert hierzulande und in ganz Europa. Die wachsende Verunsicherung entzweit die ArbeitnehmerInnen, erzeugt Feindseligkeit untereinander und schürt fremdenfeindliche Ressentiments. Der hohe Ressourcen- und Energieeinsatz stößt angesichts der tendenziellen Erschöpfung fossiler Energieträger (Erdöl, Kohle, Gas) und des Schadstoffausstoßes an seine Grenzen. Wir wollen daher gut bezahlte und qualitativ hochwertige Arbeitsplätze in einer ressourcen- und energieschonenden Arbeitswelt und Gesellschaft erhalten und schaffen. Dazu sind auch Politik und Unternehmen auf nationaler und internationaler Ebene gefordert. Zudem ist die Mitbestimmung in den Betrieben zu stärken. Es geht um Richtungsentscheidungen, die zugleich ökologische Innovationen und gute Arbeit ermöglichen sollen. Eine intakte Umwelt und die Bekämpfung des Klimawandels liegen im ureigensten Interesse der ArbeitnehmerInnen und aller BürgerInnen. Von schlechten Umweltbedingungen und drohender Erderwärmung ist unsere Lebensqualität direkt betroffen.

*soziale und öko-  
logische Innova-  
tionen können  
ein solidarisches  
Wirtschaften  
ermöglichen*

Der Strukturwandel wird geschehen. Die Gestaltung dieses Wandels ist eine große Herausforderung, bei der Konflikte und Widerstände zu erwarten sind. Zum einen stemmen sich die Vertretungen der Wirtschaft und die großen Konzerne gegen Umweltschutz, mit der Begründung, er sei zu teuer. Zugleich kritisieren sie auch das Sozialsystem und Arbeitsschutzgesetze bzw. Arbeitszeitregelungen als nicht mehr leistbar, zu starr und zu unflexibel. Eingebettet in wiederkehrende Verlagerungsdrohungen und Angstmache sollen soziale und ökologische Ansprüche klein gehalten werden. So wird verständlicher, dass auch innerhalb der ArbeitnehmerInnenschaft, auf der der Druck zunehmender Weltmarktkonkurrenz lastet, hohe Unsicherheit herrscht. Klar ist, dass weder den Arbeitsplätzen noch der Umwelt geholfen ist, wenn es zu Standortverlagerungen kommt. Mit produktiven, sozialen und ökologischen Innovationen kann solidarisches Wirtschaften im Interesse der ArbeitnehmerInnen und der gesamten Gesellschaft gelingen.

Mit dem Projekt der AK OÖ, „Fortschritt sozial-ökologisch gestalten“, sollten all diese Themen „besprechbarer“ werden, und zwar

in ihrer Breite und Tiefe. Der Bogen spannt sich von Grundbedürfnissen wie der Ernährung, der Mobilität und der Energie bis hin zur Rohstoffgewinnung und der industriellen Produktionsweise. So wird die Vielschichtigkeit und globale Dimension des Themas deutlich und ersichtlich, dass Umweltfragen als soziale Fragen zu verstehen sind.

In jeder Gesellschaft stellt sich die Frage, wie was für wen produziert wird. Zweck des Wirtschaftens muss die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse sein. Der Wirtschaftsprozess ist so zu gestalten, dass menschliche Arbeit und natürliche Ressourcen effizient und schonend zum Einsatz kommen und sich die Gesellschaft positiv, fortschrittlich – im Sinne einer Verbesserung der Lebensqualität und der Ermöglichung eines guten Lebens für alle – entwickeln kann. Eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich lässt den Menschen Zeit, über einen sozial-ökologischen Umbau nachzudenken, für ihn zu kämpfen und ihn zu leben!

*Zweck des Wirtschaftens muss die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse sein*

#### **Anmerkungen**

- 1 Csoka, Lehner, Schmidt und Vorbach waren die Zukunftsforen-Verantwortlichen. Am Projekt konzeptiv und operativ mitgewirkt haben weiters insbesondere Dennis Tamesberger, Franz Gall, Martin Seidl, Veronika Huber und Silvia Rumetshofer.
- 2 Unterlagen zu den einzelnen Foren und zur Zukunftskonferenz können unter [wsg@akoee.at](mailto:wsg@akoee.at) angefordert werden.
- 3 Siehe dazu Wissens und Brands Beitrag „Green Economy oder Great Transformation?“ in der aktuellen WISO-Ausgabe.
- 4 Siehe dazu Dessewffys Beitrag „EU-Handelspolitik: Verankerung von Sozialnormen in Freihandelsabkommen“ in der aktuellen WISO-Ausgabe.
- 5 Siehe dazu Burgstallers Beitrag „Wirkt Agrarförderung sozial und ökologisch?“ in der aktuellen WISO-Ausgabe.
- 6 Siehe dazu Wolfs Beitrag „Mobilität: Zielkonflikte und Synergien zwischen Sozialem und Ökologie“ in der aktuellen WISO-Ausgabe.
- 7 Siehe dazu Schleichers Beitrag „Energiewende unter Berücksichtigung der sozialen Dimension“ in der aktuellen WISO-Ausgabe.
- 8 Siehe dazu Lötzers Beitrag „Sozial-ökologische Umbauperspektiven in Politik und Gesellschaft“ in der aktuellen WISO-Ausgabe.
- 9 Siehe dazu Bontrups Beitrag „Wirtschaftsdemokratie und sozialökologischer Fortschritt“ in der aktuellen WISO-Ausgabe.

INSTITUT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN

# WISO

WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITISCHE ZEITSCHRIFT

Die Zeitschrift WISO wird vom Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (ISW) herausgegeben. Sie dient der Veröffentlichung neuer sozial- und wirtschaftswissenschaftlicher Erkenntnisse sowie der Behandlung wichtiger gesellschaftspolitischer Fragen aus Arbeitnehmersicht.

Lohnpolitik, soziale Sicherheit, Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit, Arbeit und Bildung, Frauenpolitik, Mitbestimmung, EU-Integration - das sind einige der Themen, mit denen sich WISO bereits intensiv auseinander gesetzt hat.

WISO richtet sich an BetriebsrätInnen, GewerkschafterInnen, WissenschaftlerInnen, StudentInnen, Aktive in Verbänden, Kammern, Parteien und Institutionen sowie an alle, die Interesse an Arbeitnehmerfragen haben.

Erscheinungsweise: vierteljährlich

Preise:\* Jahresabonnement EUR 22,00 (Ausland EUR 28,00)  
Studenten mit Inskriptionsnachweis EUR 13,00  
Einzelausgabe EUR 7,00 (Ausland EUR 12,00)

(\* Stand 2005 - Die aktuellen Preise finden Sie auf unserer Homepage unter [www.isw-linz.at](http://www.isw-linz.at))

Wir laden Sie ein, kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen ein WISO-Probeexemplar zu bestellen. Natürlich können Sie auch gerne das WISO-Jahresabonnement anfordern.

Informationen zum ISW und zu unseren Publikationen - inklusive Bestellmöglichkeit - finden Sie unter [www.isw-linz.at](http://www.isw-linz.at).



Oberösterreich

## BESTELLSCHEIN\*

Bitte senden Sie mir kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen

- 1 Probeexemplar der Zeitschrift WISO
- 1 ISW Publikationsverzeichnis

Ich bestelle \_\_\_\_\_ Exemplare des WISO-Jahresabonnements (Normalpreis)

Ich bestelle \_\_\_\_\_ Exemplare des WISO-Jahresabonnements für StudentInnen mit Inskriptionsnachweis

\* Schneller und einfacher bestellen Sie über das Internet: [www.isw-linz.at](http://www.isw-linz.at)

Name \_\_\_\_\_

Institution/Firma \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

Plz/Ort \_\_\_\_\_

E-Mail \_\_\_\_\_

### BESTELLADRESSE:

ISW  
Volksgartenstraße 40, A-4020 Linz  
Tel. ++43/732/66 92 73  
Fax ++43/732/66 92 73-28 89  
E-Mail: [wiso@akoee.at](mailto:wiso@akoee.at)  
Internet: [www.isw-linz.at](http://www.isw-linz.at)